Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist 20 (Familienanzeigen und Stellengesuche Vorkriegspreis 15), auswärts 25, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 60, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Goldpfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12295.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 70.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31, Lößnitz (Amt Aue) 446, Schneeberg 10, Schwarzenberg 501. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Nachsatz und verlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht gewährt.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 259. Mittwoch, den 5. November 1924. 77. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Unter den Viehbeständen der Gutsbesitzer Max **Pöschmann** Nr. 9, Richard **Kopp** Nr. 16, Albin **Meyer** Nr. 16b, der Wirtschaftsbesitzer Paul **Albrecht** Nr. 37 und Hermann **Weidauer** Nr. 43e in **Oberaffalter**, des Wirtschaftsbesitzers Gustav **Jähn** Nr. 12, des Gutsbesitzers Richard **Emmerlich** und im Gute der **Firma A. Wellner** in **Niederaffalter** ist die **Maul-** und **Klauenseuche** festgestellt worden.

Die verseuchten Gehöfte gehören zum **Sperrbezirk.**

Es gelten die Bestimmungen in der Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft vom 22. Oktober dieses Jahres (Nr. 251 des Erzgeb. Volksfreundes).

Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, den 3. November 1924.

Die über das Vermögen des Landesproduktenhändlers **Fritz Schiffel in Beierfeld** angeordnete Geschäftsaufsicht ist auf dessen Antrag am 18. Oktober wieder aufgehoben worden.

Schwarzenberg, den 1. Nov 1924. **Das Amtsgericht.**

Im Namen des Volkes!

In der Aufgebotssache zur **Kraftloserklärung des Briefes** über die auf Blatt 273 des Grundbuchs für Schneeberg, Abt. III Nr. 31 eingetragene Hypothek für eine Kaufgeldforderung, eingeleitet auf Antrag des Eigentümers, des Schankwirts

Emil Friedrich Heymann in Schneeberg

erkennt das Amtsgericht zu Schneeberg zu Recht:

Der Hypothekenbrief des Amtsgerichts Schneeberg vom 23. Juli 1903 über die auf Blatt 273 des Grundbuchs für Schneeberg, Abt. III Nr. 31 eingetragenen 14000 Mark samt 4¼% Zinsen, Hypothek für eine Kaufgeldforderung des Restaurateurs Adolf Schreier in Schneeberg, wird auf Antrag des Grundstückseigentümers, des Schankwirts Emil Friedrich Heymann in Schneeberg für **kraftlos** erklärt.

Die Kosten des Verfahrens treffen den Antragsteller.

Amtsgericht Schneeberg, am 21. Oktober 1924.

Versteigerung.

Am 6. November 1924, vorm. 10 Uhr sollen in Bockau öffentlich versteigert werden: 2 Rollen elektr. Litze, 6 elektr. Bügeleisen, 2 elektr. Tischlampen, 1 elektr. Zuglampe, 30 Seidentücher, 1 Kochtopf und 1 Kochplatte, 10 elektr. Taschenlampen.

Bieter sammeln sich im Gasthof zum Reichsadler in Bockau.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Aue.

Lauter. **Geschlossen**

bleiben wegen vorzunehmender Reinigung

Mittwoch, den 5. ds. Mts. die Verwaltungsräume.
Donnerstag, den 6. ds. Mts. die Kassen und Einwohnermeldeamt.

Dringende Standesamtssachen am Mittwoch werden von 11—12 Uhr vorm. erledigt.

Lauter, am 3. November 1924. **Der Gemeinderat**

Glatte Front!

Von Dr. Reinhard Mumm.

Es entspricht durchaus deutscher Wesensart, daß in jedem Wahlkampf eine Anzahl Splitterparteien auftauchen.

Wenn's nicht viel schwieriger wäre, als der Fernstehende ahnen mag, würde die Zahl der Parteigründer noch viel größer sein.

Nun will ich, ohne parteipolitisch zu werden, es in diesen Wochen niemandem im deutschen Vaterlande verdenken, daß ihn mitunter ein herzhafter Ekel an vielen Erscheinungen des heutigen Parteitreibens schüttelt. Mitunter mag er dem Nächstbeteiligten dabei unrecht tun; denn auch manches, was von ernsten Männern sehr ernsthaft durchdacht ist, wirkt im verzerrenden Spiegel heutiger Parteipolemik gar widerlich. Und wer nun weiß, daß es eine sittliche Wahlpflicht gibt und nichts dümmer ist, als sich der Wahl vom 7. Dezember — für weite deutsche Landstriche eine Doppelwahl — zu entziehen, kommt aus solchen Empfindungen heraus leicht zu der Ueberzeugung, es sei das Klügste und Beste, eine neue Partei — klein, aber fein! — aufzubauen.

Diejenigen, die so gesonnen sind, bitte ich um ein doppeltes. Einmal möchten sie doch die Wahlstatistik vorher durchprüfen. Dort finden sie, daß zum Beispiel bei der letzten Landtagswahl in Bayern nicht weniger wie zehn Parteien auftraten, die insgesamt nicht ein einziges Mandat erwischt haben. Und bei der letzten Reichstagswahl am 4. Mai war es noch drastischer. Eine unübersehbare Schar von Splitterparteien trat werbend auf, brachte insgesamt nicht weniger wie 895 405 Stimmen zusammen und — brachte es, alle zusammen, nicht zu einem einzigen Mandat. Alle diese Stimmen, nicht weit unter einer Million, fielen ins Leere. Was für Mühe, was für Aufopferung und Entsagung mag in dieser einen Ziffer stecken! Und aller Aufwand war schmählich vertan.

Zum anderen bitte ich, das geltende Reichswahlgesetz sich anzusehen. Es ist ganz bewußt darauf zugeschnitten, Zwergparteien unmöglich zu machen. Schon die Riesenwahlkreise wirken in dieser Richtung, mehr aber noch eine kleine Bestimmung, die oft genug übersehen wird. Der letzte Satz von § 32 des Reichswahlgesetzes heißt nämlich: „Einem Reichswahlvorschlage kann höchstens die gleiche Zahl der Abgeordnetensitze zugeteilt werden, die auf die ihm angeschlossenen Kreiswahlvorschläge entfallen."

Mancher meint: „Langt's nicht in einem Kreise zu den 60 000 Stimmen, so kommen sie doch aus mehreren Kreisen zusammen und wirken dann auf der Reichsliste. Diese Meinung ist irrig. § 32 schiebt dem einen Riegel vor. Wer beispielsweise 300 000 Stimmen für eine Reichsliste zusammenbringt, aber in keinem Wahlkreise es auf 60 000 Stimmen brachte, erhält nicht ein einziges Mandat. Man soll unter solchen Umständen es sich zweimal überlegen, ehe man Zersplitterungsarbeit treibt oder einer Splitterpartei seine Stimme gibt.

Dazu kommt, daß kleine Gruppen in der praktischen Reichstagsarbeit fast bedeutungslos sind; nur Fraktionen von wenigstens fünfzehn Köpfen sind zu den Ausschußverhandlungen zugelassen.

Die Zeit scheint uns eine deutliche Sprache zu sprechen. Bei der kommenden Reichstagswahl darf es sich nicht darum handeln, den Reichstag weiter zu zersplittern. Nur eine klare Entscheidung dient dem Heile unseres tiefgebeugten Volkes.

Unzureichende Steuerreform.

Berlin, 3. November. Der Reichswirtschaftsminister hat gestern abend die Gewerkschaften empfangen und mit ihnen über die neuen Maßnahmen der Regierung gesprochen. Es verlautet, daß die angekündigte Milderung der Steuern nur eine geringe sein werde. Es ist in Aussicht genommen, die niederen Steuersätze um wenige Prozent, aber nicht mehr, herabzusetzen. Hauptzweck der Steuerreform ist nach den ministeriellen Erklärungen auch weniger die Steuerermäßigung selbst als besonders die Vereinfachung, Umformung und Verbilligung der ganzen Steuererhebung.

Abbau der Devisenvorschriften.

Berlin, 3. November. In der nächsten Nummer des Reichsgesetzblattes erscheint eine Verordnung des Reichspräsidenten über das Außerkrafttreten von Devisenvorschriften, durch die Markausfuhrverbot, Devisenkommissar und Devisenerfassung beseitigt werden, und in der die Reichsregierung ermächtigt wird, weitere Devisenvorschriften außer Kraft zu setzen. Dies geschieht durch eine Verordnung zur Aenderung der Devisengesetzgebung, in der zugleich die bestehenbleibenden Vorschriften zusammengefaßt sind. Der zukünftige Rechtszustand läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß ausländische Zahlungsmittel gegen inländische Zahlungsmittel bei einer Devisenbank, ausländische Geldsorten gegen inländische Zahlungsmittel auch bei einer Wechselstube zu keinem höheren als dem letztbekannten Einheitskurs erworben werden dürfen. Geschäfte, bei denen die ausländische Währung zur Bezahlung von Waren dient, und Geschäfte zwischen ausländischen Währungen sind also unbeschränkt zugelassen. Zum Erwerb ausländischer Zahlungsmittel gegen inländische Zahlungsmittel bedarf es weder einer Handelskammerbescheinigung, noch einer Genehmigung des Finanzamts. Die Markausfuhr unterliegt nur noch den Beschränkungen des Kapitalfluchtgesetzes. Die Devisenablieferungspflicht fällt fort. Alle Meldepflichten werden beseitigt. Die Aufrechterhaltung der Währung fordert nach wie vor, daß bei Inlandsgeschäften Bezahlung in ausländischer Währung nur in dem wirtschaftlich unbedingt gebotenen Umfange erfolgt. Es liegt im eigenen Interesse der Wirtschaft, daß diesem Erfordernis in ihren Zahlungsbedingungen gebührend Rechnung getragen wird.

Hindenburg gegen amerikanische Sensationsmacher.

München, 3. November. Gegenüber Behauptungen, welche der amerikanische Major Russel in einem durch eine Zahl deutscher Blätter gegangenen Artikel, betitelt „Das größte Verbrechen am deutschen Volke" aufgestellt hat, veröffentlicht die „Bayrische Staatszeitung" folgende Erklärung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg als Vorsitzendem des Vereins der Angehörigen des ehemaligen Generalstabs: 1. Weder Prinz Joachim noch irgendein anderer königlich preußischer Prinz ist jemals während des Weltkrieges in französische Gefangenschaft geraten, abgesehen vom Prinzen Karl von Preußen, der als Flieger schwer verwundet in der Gefangenschaft verstarb. 2. Ich habe als Chef des Generalstabes des Feldheeres niemals amerikanische oder sonstige Spione empfangen. 3. Niemals haben sich Offiziere des deutschen Großen Hauptquartiers herabgewürdigt, Aufzeichnungen des Generalstabs zu entwenden und dem Feinde mitzuteilen.

•

Major Nyssel hat vor einiger Zeit in der amerikanischen Sensationspresse ein Märchen erzählt, wonach amerikanische Spione über Spanien 1918 ins Große Hauptquartier gelangt seien, um sich dort als „Pseudo-Spione" zur Verfügung zu stellen. Man traute ihnen nicht und hätte, um sie zu prüfen, einen preußischen Prinzen aus französischer Gefangenschaft durch sie befreien lassen. Später hätten die Spione dann Hindenburg persönlich im Hauptquartier die Generalstabsakten entrissen und seien damit an die Front geflohen, was den Krieg entscheidend gegen uns gewendet hätte.

Berlin, 3. Nov. Die unter Führung des Staatssekretärs Trendelenburg stehende deutsche Delegation für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen hat sich heute nach einer dreiwöchigen Verhandlungspause wieder nach Paris begeben, wo vereinbarungsgemäß am 5. November die gemeinsamen Sitzungen mit der französischen Delegation wieder aufgenommen werden.

Wahlbewegung.

Wahlaufruf der Vereinigten Vaterländischen Verbände.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände haben einen Wahlaufruf erlassen, dem wir folgende Hauptgedanken entnehmen: Die internationale Abhängigkeit der Sozialdemokratie ist die Quelle aller Demütigungen und Entbehrungen der letzten fünf Jahre. Gegen diese völkermordende Entwicklung ist aus dem deutschen Volke die große vaterländische Bewegung entstanden, welche ihre hohen Ziele frei von parteipolitischen Interessen unter der uns alle seit Aufrichtung des Deutschen Reiches einigenden Ehrenflagge schwarz-weiß-rot gesteckt hat. Gegen diese schwarz-weiß-rote Bewegung, die berufen ist, Deutschland aus seiner politischen und wirtschaftlichen Versklavung zu befreien, gründete die Sozialdemokratie mit unerhörten finanziellen Mitteln, deren Quellen unbekannt sind, die Reichsbannerorganisation Schwarz-Rot-Gold als Schutztruppe des Internationalismus und organisierte sie zielbewußt zum Bürgerkrieg. Wird dieses Ziel erreicht, dann: Ende Deutschlands! Wer also den Bürgerkrieg verhindern und das schwerkranke Deutschland wieder zur Gesundung bringen will, der muß bei den Wahlen am 7. Dezember die schwarz-weiß-rote vaterländische Volksgemeinschaft zur Führung bringen. Gebt denjenigen Parteien eure Stimmen und werbt für sie, die unser Wollen ehrlich durchführen!

•

Der Wahlaufruf an das Landvolk.

Berlin, 3. November Der Reichslandbund erläßt einen Wahlaufruf, in dem er im neuen Reichstag eine ausschlaggebende deutschbewußte Mehrheit als sichere Grundlage einer deutschbewußten Regierung fordert. Dieses Ziel sei nur erreichbar, wenn das deutsche Landvolk sich nicht zersplittere, sondern geschlossen ohne Hader, Nörgeln und Schwanken zusammensteht und seine Stimmen nur solchen Parteien und Persönlichkeiten gibt, die offen kämpfen unter unseren alten Farben schwarz-weiß-rot. Das deutsche Landvolk wolle nicht Stiefkind der Politik sein in einem international geführten Staate. Das Gedeihen des Landvolkes ist unlösbar verbunden mit dem Gesamtwohl des deutschen Volkes. Nicht die Bestrebungen des internationalen Welthandels und die Ziele einer international geleiteten Weltwirtschaft sollen künftighin in Deutschland ausschlaggebend sein, sondern auf blühendem, aufnahmefähigem Binnenmarkt und auf geschützter Eigenproduktion soll sich das staatliche und wirtschaftliche Leben aufbauen. Der Bundesvorstand und die Vertreterversammlung des Reichslandbundes erwarten, daß am Wahltag das deutsche Landvolk seine vaterländische Pflicht tut bis zum letzten Wahlberechtigten. „Männer und Frauen vom fernsten Hof! Jeder wahlfähige Nichtwähler ist ein Deserteur gegen Internationale und Klassenkampf! Für nationale und christliche Volksgemeinschaft! Deutschbewußte Führer unter schwarz-weiß-rot, das ist die Losung für das deutsche Landvolk!"

•

Bruch zwischen Großdeutschen und Nationalsozialisten.

München, 3. November. Die gestern in München abgehaltene Reichskonferenz der „Großdeutschen Volksgemeinschaft hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der jeder weitere Versuch einer Vereinigung mit der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung unter Führung Ludendorff-Strasser-v. Gräfe für unmöglich erklärt wird. Die Leitung der Großdeutschen Volksgemeinschaft ist auf Vorschlag Essers und Streichers durch einstimmige Hinzuwahl des thüringischen Landtagsabgeordneten Dr. Dinter ergänzt worden. Diese erweiterte Leitung beschließt unter der Bezeichnung „Vollzugsausschuß der Großdeutschen Volksgemeinschaft" die Geschäfte weiterzuführen und Adolf Hitler jederzeit die Organisation zur Verfügung zu stellen. Die Großdeutsche Volksgemeinschaft lehnt eine Beteiligung an den Reichstagswahlen mit eigenen Listen ab, um die Zersplitterung im völkischen Lager nicht noch zu verschlimmern.

Geßler kandidiert nicht mehr.

Berlin, 3. November. Reichswehrminister Dr. Geßler, der bisher die fünfte Stelle auf der demokratischen Reichswahlliste einnahm und diese Stelle wieder erhalten sollte, hat sich endgültig dahin entschieden, keinerlei Kandidatur anzunehmen.